

# LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 153 | 27. Woche | 78. Jahrgang | E. 4504 A |

Mittwoch, 6. Juli 2022

2,40 €

Schauspieler Matthias Brandt im Interview

## „Die Finanzwelt ist abstoßend“

Matthias Brandt spielt in der Netflix-Serie „King of Stonks“ einen Finanzhain. Ein Gespräch über den Siegeszug der Gier und ob die Welt mit seinem Vater darin eine andere wäre.

Seite 32



Foto: Matthias Böhmer, Montage: Schüssler

## Verzicht ist bitter nötig



Einschränkungen sind für viele verkraftbar. Denn wir können nicht ewig auf Pump leben.

Von Hanna Spanhel

Die Auswirkungen der aktuellen Krise sind bei den Menschen in Baden-Württemberg angekommen: Wegen der gestiegenen Preise schränken viele sich beim Autofahren, beim Konsum oder beim Energieverbrauch ein. Dieser Verzicht, von den Umständen erzwungen, mag erst einmal unbehaglich sein. Doch er ist auch bitter nötig, um unser Land und den Planeten für künftige Generationen zu erhalten.

Für all jene, die schon bisher kaum genug hatten, um sich gute Lebensmittel und eine warme Wohnung leisten zu können, ist mehr Verzicht kaum möglich. Für alle anderen aber gilt es, die Einschnitte zu ertragen: Angesichts der durch den Konflikt mit Russland und den fortschreitenden Klimawandel knapper werdenden Ressourcen werden wir uns daran gewöhnen müssen. Verzicht galt lange als Tabuthema – wer ihn forderte, wurde bisher häufig als Moralapostel oder Spielverderberin abgetan. Nur nicht die Leute entmutigen oder demotivieren, hieß es dann. Doch man darf den Leuten ruhig etwas mehr Einsicht und Weitblick zutrauen.

Es ist völlig einleuchtend, dass der Staat die Folgen der aktuellen Krisen – Russlands Krieg in der Ukraine, Coronapandemie, Klimakrise – nicht komplett abfedern kann. Zumindest nicht, ohne künftige Generationen noch stärker zu belasten als ohnehin schon. Die Aufgaben sind zahlreich, aber alles geht eben nicht, deshalb muss priorisiert werden. Die meisten Menschen wollen aber, dass Ärmere unterstützt, die Gesundheitssysteme ausgebaut, die Bundeswehr gestärkt, die Abhängigkeit von autokratischen Energielieferanten reduziert und Klima und Umwelt geschützt werden. Und sie wollen, dass die Kinder von heute eine gute Perspektive haben, keinen riesigen Schuldenberg.

Einfach so zu verzichten fällt allerdings schwer – das lehrt uns schon die in den Wirtschaftswissenschaften beliebte Spieltheorie. Warum sollte ich allein zurückstecken, wenn andere rücksichtslos für sich raussholen, was geht – auch wenn das für die Allgemeinheit irgendwann zum riesigen Problem wird? Deshalb braucht es Preise, die wenig nachhaltiges Verhalten verteuern. Tankrabatte für alle sind deshalb schlicht nicht mehr drin, statt tierischer Produkte müssten Obst und Gemüse steuerlich bevorteilt werden, auch Diesel dürfte nicht länger subventioniert werden. Völlig klar ist dabei, dass jene, die sich teure Lebensmittel oder Heizungen schon heute kaum noch leisten können, gezielt entlastet werden müssen.

Zu verzichten, bedeutet nur, das zu nutzen, was wir haben. Oft tun wir das, ohne es zu bemerken. Ja, es gibt Menschen, die heute jeden Cent zweimal umdrehen müssen – die Schere zwischen Arm und Reich geht auch hier auseinander, gerade in der Krise. Doch zugleich konsumieren viele Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr, als sie tatsächlich brauchen. Ein Beleg dafür sind tonnenweise Lebensmittel, die hier jedes Jahr im Müll landen. Oder die Tatsache, dass viele Menschen vor allem kurze Strecken mit dem Auto zurücklegen. Und: In ein und demselben Gebäude verbrauchen manche Mieter sehr viel mehr Heizenergie als andere.

Würde man den deutschen Lebensstil auf die Weltbevölkerung hochrechnen, bräuchte es laut dem Global Footprint Network die Landfläche von etwa drei Erden. Dass wir mehr Ressourcen nutzen, als uns zustehen, ist Menschen anderswo auf der Welt und künftigen Generationen gegenüber nicht gerecht. Es wird Zeit, dass wir lernen, nicht länger über unsere Verhältnisse zu leben – die aktuelle Krise kann den Anstoß dazu geben. Wenn man ihn als Investition in eine gute Zukunft für alle begreift, fühlt sich Verzicht auch nicht wie eine Einschränkung an.

**Leonberg**  
Laserspezialist: Trumpf investiert Millionenbetrag in Höfingen Seite 17

**Leonberg**  
Frank Schäffer: Der Eltinger Ex-Profi und Musiker wird 70 Seite 17

**Gerlingen**  
Weltcafé: Wie Carlos Dourado auf soziale Verantwortung setzt Seite 19

## Koalition ebnet den Weg für Ökoenergie

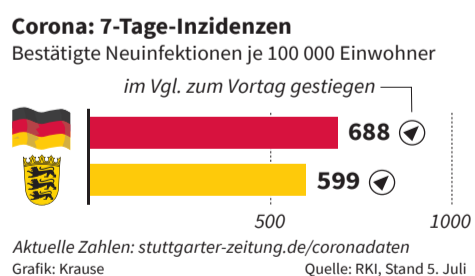
**BERLIN.** Die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben sich auf einen massiven Ausbau der Ökoenergien geeinigt. Mit einem Gesetzespaket soll die Grundlage für eine langfristig klimaneutrale Stromversorgung geschaffen werden. Differenzen beim sogenannten Osterpaket von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) seien im parlamentarischen Verfahren ausgeräumt worden. Zuvor war das Paket im Kabinett verabschiedet und im Bundestag diskutiert worden, die FDP hatte aber eine Reihe von Änderungen gefordert. Der Ausbau der Windkraft an Land war in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten. Die Flächen und lange Planungsverfahren waren ein Grund dafür. *dpa* – Ampel beschleunigt Energiewende Seite 9

## Minister-Rücktritte

**LONDON.** Im Zuge des Skandals um sexuelle Belästigung durch ein Tory-Mitglied sind in Großbritannien Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid zurückgetreten. Auch die Brexit-Folgen setzen Premier Boris Johnson unter Druck. Seite 2, 7

## Curevac klagt

**TÜBINGEN.** Das Tübinger Biotech-Unternehmen Curevac hat eine Klage gegen den Corona-Impfstoffhersteller Biontech eingereicht. Es gehe um eine angemessene Entschädigung für eine Verletzung geistiger Eigentumsrechte. Seite 9



**Börse Seite 12, 13**  
Dax 12 401,20 Punkte (-2,91%)  
Dow Jones 30 967,12 Punkte (-0,42%)  
Euro 1,0290 Dollar (Vortag: 1,0455)

**Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2**

## Viele schnallen den Gürtel schon enger

**BaWü-Check** Eine neue Umfrage belegt: Die meisten Baden-Württemberger üben wegen der hohen Inflation Konsumverzicht.

Von Rainer Pörtner

Die meisten Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet. Viele schränken sich bereits deutlich ein und üben Konsumverzicht, um die Folgen der Inflation für sich persönlich abzufedern. Dies sind zwei zentrale Erkenntnisse des neuen BaWü-Checks, einer Untersuchung des Allensbach-Instituts im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Siebzig Prozent der befragten Baden-Württemberger sagen, dass sie die gestiegenen Preise als starke oder sogar als sehr starke Belastung empfinden. Davon nehmen 24 Prozent die Inflation als besonders gravierend wahr. Auch wenn die Preissteigerungen nahezu jeder spürt, ist die persönliche Betroffenheit sehr unterschiedlich: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen deutlich weniger – nämlich 56 Prozent.

Als besondere Zumutung empfindet die Bevölkerung die höheren Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizungen. Entsprechend versucht ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger gerade hier sparsamer zu sein. 53 Prozent schränken sich derzeit beim Autofahren ein, mit dem Ziel, Sprit zu sparen. 51 Prozent haben ihre Restaurantbesuche re-

duziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent bei Urlaub und Reisen und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele Bürger drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit.

Im Juni stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai hatte die Inflationsrate noch bei 7,9 Prozent gelegen. Möglicherweise haben staatliche Maßnahmen wie der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket einen weiteren Anstieg der Inflation verhindert. Die Experten rechnen aber noch auf längere Sicht mit hohen Inflationsraten. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am Montag eine Konzertierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberern gestartet, mit der die schädlichen Wirkungen der Inflation abgemildert werden sollen.

Die Inflationsssorgen drücken laut Allensbach-Institut zusammen mit dem Ukraine-Krieg massiv auf die Stimmung der Bürger. Nach wie vor sieht nur knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, die große Mehrheit bleibt tief besorgt: Knapp jeder Dritte blickt mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, ebenso viele mit Skepsis.

– Der BaWü-Check im Überblick Seite 6



## Bis zu 12 400 Erzieherinnen fehlen

**STUTTGART.** Für den Ausbau der Betreuung an Grundschulen fehlen Baden-Württemberg nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2030 zwischen 6000 und 12 400 Betreuer. Verbände und Gewerkschaften im Land reagierten mit der Forderung nach einer Fachkräfteoffensive auf die Untersuchung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verwies darauf, dass an den Pädagogischen Hochschulen bereits neue Studienplätze aufgebaut würden. Er sieht die Personallücke aber vor allem in der demografischen Entwicklung begründet. Lösungen würden Zeit brauchen. *dpa* – Kommentar und Bericht Seite 3, 5

Luff



## Weniger Schwarzfahrer im Gefängnis

Justizminister Marco Buschmann (FDP) will die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe zurückdrängen. Pro Tagessatz einer nicht bezahlten Geldstrafe soll nur noch ein halber Tag Gefängnis vollstreckt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf des Justizministeriums vor. Die Geldstrafe ist die wichtigste strafrechtliche Sanktion in Deutschland. 86 Prozent aller Strafurteile enthalten eine Geldstrafe. Dabei wird die Höhe sozial gestaffelt. Wer viel verdient, zahlt einen deutlich höheren Tagessatz als ein sozial Schwacher.

Wer seine Geldstrafe nicht bezahlt, muss dann aber doch ins Gefängnis. Diese Ersatzfreiheitsstrafe wirkt vor allem als Druckmittel, damit die Geldstrafe als Sanktion auch durchgesetzt werden kann. Tatsächlich bezahlen rund 90 Prozent der Verurteilten ihre Geldstrafe. Etwa vier Prozent leisten ersatzweise gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“). Drei Prozent der Verurteil-

ten bezahlen nach Beginn der Ersatzhaft die Strafe doch noch, und nur drei Prozent sitzen die gesamte Ersatzfreiheitsstrafe ab, im Schnitt 38 Tage.

Justizminister Buschmann will Ersatzfreiheitsstrafen halbieren.

Von Christian Rath

Die Ersatzfreiheitsstrafe trifft vor allem sozial Deklassierte. Die meisten Ersatzfreiheitsstrafver sind verschuldet, zwei Drittel haben Alkohol- oder andere Drogenprobleme, 40 Prozent kommen aus der Obdachlosigkeit. Bei den Delikten geht es in rund einem Viertel der Fälle um Geldstrafen wegen Schwarzfahrens, ein weiteres Drittel betrifft kleinere Diebstähle und Betrügereien. Hinzu kommen Drogendelikte.

Die Ampelkoalition will zwar noch in dieser Legislatur diskutieren, ob das Schwarzfahren (offiziell „Erschleichen von Leistungen“) entkriminalisiert wird. Doch dieses Thema steht erst nächstes Jahr auf Buschmanns Agenda, weil es dann auch um andere umstrittene Delikte gehen soll.

